

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 40 (2013)
Heft: 6

Artikel: Säuglingsgeschrei, das nicht verstummt
Autor: Jost, Hans Ulrich
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-911110>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Säuglingsgeschrei, das nicht verstummt

Die SP Schweiz feierte im Oktober 125-Jahr-Jubiläum. Was hat die Sozialdemokratie in der Schweiz bewirkt, und sind die Forderungen aus den Gründungstagen immer noch aktuell?

Eine Betrachtung von Geschichtspräsident Hans Ulrich Jost

«Mit einem schöneren Säuglingsgeschrei», schrieb am 29. Oktober 1888 die «NZZ», «hätte die schweizerische sozialdemokratische Partei, die letzten Sonntag aus der Taufe gehoben wurde, ihr Dasein nicht eröffnen können.» Das «schön» war allerdings ironisch gemeint, denn die «Neue Zürcher Zeitung» vermisste im Programm der SPS ein Bekenntnis zur Armee. «Mit welchem Recht», fuhr deshalb das Blatt fort, «nennt sich solch eine Partei noch eine schweizerische?»

Die SPS wurde in der Tat ausgegrenzt, geschmäht und von der politischen Polizei überwacht. Doch dies vermochte ihr Wachstum nicht zu bremsen. 1935 bis 1943 und in den Sechziger und den Siebzigerjahren war sie im Nationalrat sogar die stärkste Partei. Gegenüber dem Block der bürgerlichen Parteien blieb sie allerdings immer in der Minderheit, kam nie über dreissig Prozent der Stimmen. Die SPS hat sich schliesslich murrend an die Rolle einer ungeliebten Juniorpartnerin der bürgerlichen Parteien gewöhnt.

Die guten Taten

Trotz ihrer Minderheitsstellung und der Niederlagen in Referendumskämpfen setzten sich einige ihrer Ideen durch. So der Proporz, das Frauenstimmrecht, die AHV oder der UNO-Beitritt – zentrale Forderungen der Sozialdemokraten, lange bevor die bürgerliche Mehrheit einlenkte. Es gab auch Momente, in denen die Haltung der SPS für die Schweiz von schicksalhafter Bedeutung war: Im Jahr 1935 etwa, als sie mithalf, die Initiative für die Totalrevision der Bundesverfassung zu bodigen. Hinter der Initiative standen die faschistischen Fronten, die Katholisch-Konservativen (heute CVP), Teile der BGB (heute SVP) und einige Jungfreisinnige. Eine Annahme hätte zu einem autoritären Ständestaat geführt, mit dem die Schweiz ins faschistische Lager gerutscht wäre.

Im Zusammenhang mit den aktuellen Schwierigkeiten des Finanzplatzes sei auch daran erinnert, dass die 1979 von der SPS lancierte Bankeninitiative, wäre sie angenommen worden, der Schweiz viel Ärger erspart hätte. Denn vorgesehen waren die Aufhebung des Bankgeheimnisses bei Steuerhinterziehung sowie eine bessere Kontrolle des Finanzplatzes. Dank einer massiven Einschüchterungskampagne der Banken und der Bürgerlichen lehnte das Volk 1984 die Initiative mit grosser Mehrheit ab.

Lange Zeit verstand sich die SPS als «revolutionäre» Partei – allerdings nicht, wie Robert Grimm 1918 im Nationalrat betonte, «im Heugabelsinn des Wortes». Doch gerade Grimm, der Anführer des Landesstreiks von 1918 und Vordenker der Partei, liebte Ausdrücke wie «Klassenkampf» und «Diktatur des Proletariats». Man sollte dabei nicht übersehen, dass in den Arbeitskämpfen zu Beginn des 20. Jahrhunderts auch die Bürgerlichen mit harten Bandagen kämpften. Dabei betrieben die Unternehmer einen «Klassenkampf von oben», unterstützt vom Staat, der bereitwillig Polizei und Militär einsetzte.

Über das revolutionäre Potenzial der SPS ist viel Unsinn geschrieben worden. Die SPS war im 20. Jahrhundert bestenfalls gleich revolutionär wie der Freisinn um 1848. Sie kämpfte für einen politi-

schen Wechsel, für einen sozialen Staat und für die Bändigung des Kapitalismus. Ohne den militanten Antisozialismus der Rechten wäre nach dem Ersten Weltkrieg eine Lösung wie in Schweden möglich gewesen.

Die groben Fehler

Die SPS ist seit Langem keine Arbeiterpartei mehr. Schon nach dem Ersten Weltkrieg spielten beispielsweise Beamte und Lehrer eine wichtige Rolle. Ernst Nobs, der 1943 gewählte erste SP-Bundesrat, war Lehrer und Journalist. Man sollte jedoch nicht annehmen, eine bis in die bürgerliche Mitte reichende Mitgliedschaft bringe automatisch die sozialistische Idee zum Verschwinden.

1959 ist bekanntlich die sogenannte Zauberformel eingeführt worden. Je zwei Bundesratssitze für den Freisinn, die CVP und die SP, der letzte für die SVP. Daran ist eigentlich wenig Zauberhaftes. Der CVP, die damals diese Lösung vorgab, ging es in erster Linie darum, das Machtmonopol des Freisinns zu brechen. Dafür nahm man zwei Sozialisten in Kauf. Allerdings nur den Bürgerlichen genehme Kandidaten.

Auch wenn man es nicht wahrhaben will: Die SPS hat in den letzten fünfzig Jahren die Regierungskoalition stabilisiert und den Bundesstaat von 1848 verteidigt. Sie nahm den Artikel 2 der Bundesverfassung ernst. Dort steht, der Bund habe «die gemeinsame Wohlfahrt» und eine «möglichst grosse Chancengleichheit unter den Bürgerinnen und Bürgern» zu fördern. Von «mehr Freiheit, weniger Staat» («NZZ» 1979), ist nicht die Rede.

Natürlich machte die SPS auch grobe Fehler. Als sie in den Siebzigerjahren, um nur ein Beispiel zu nennen, auf das Dreisäulenprinzip einging, hat sie mitgeholfen, dass die Altersvorsorge in die Fänge des Finanzplatzes kam. Damit wurde nicht nur der von SP-Bundesrat Hans-Peter Tschudi vorangetriebene Ausbau der AHV abgeblockt, sondern auch das angesparte Kapital der Versicherten der zweiten Säule in die Hände von Banken und Börsen gelegt. Angesichts der moralischen und materiellen Verwundung der Finanzmärkte ist dies alles andere als beruhigend.

Das Erbe aufnehmen

1893 hatte die SPS ihre erste Initiative, Recht auf Arbeit, lanciert. Es ging darum, der Arbeit in der Verfassung denselben Stellenwert zu geben wie dem geradezu heiliggesprochenen Privatbesitz. Die Initiative fiel in der Volksabstimmung haushoch durch. Der damals angesprochene Grundsatz, Arbeit vor Kapital, ist jedoch heute noch immer hochaktuell. Für die SPS muss, will sie nicht ihre Seele verlieren, dieser Kampf weitergehen. Der Schutz der Arbeit und der davon lebenden Menschen vor der Willkür der kapitalistischen Wirtschaft ist nicht nur eine Frage der materiellen Wohlfahrt. Es ist eine Frage des Überlebens der Demokratie.

HANS ULRICH JOST ist emeritierter Geschichtspräsident in Lausanne. Sein Text wurde zuerst in der «Wochezeitung» gedruckt.